

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 18. September 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 925 Postulat Muff Sara und Mit. über die gezielte Förderung von Plus-Energie-Bauten im Kanton Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat und Willi Knecht beantragen Ablehnung.
Sara Muff hält an ihrem Postulat fest.

Sara Muff: Der Klimawandel ist eine der drängendsten Herausforderung unserer Zeit. Die Förderung von Plus-Energie-Bauten (PEB) ist ein entscheidender Schritt in Richtung Nachhaltigkeit und Reduzierung von Treibhausgasemissionen. PEB erzeugen mehr Energie, als sie verbrauchen und können einen erheblichen Beitrag zur CO₂-Reduktion leisten. Doch nicht nur das. PEB tragen zur Steigerung der Energiesouveränität bei und reduzieren die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus dem Ausland. PEB sind nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch vorteilhaft. Studien zeigen, dass die Mehrkosten für den Bau von PEB im Vergleich zu konventionellen Gebäuden durch niedrigere Energiekosten kompensiert werden können. Auf längere Dauer sind sie somit günstiger. Die Förderung von PEB kann die Nachfrage nach erneuerbaren Energien und energieeffizienten Technologien erhöhen, was wiederum Arbeitsplätze in der grünen Wirtschaft schafft und zur wirtschaftlichen Entwicklung des Kantons beiträgt. Die Unterstützung von PEB fördert die Innovationen im Baubereich und stärkt die Position des Kantons als Vorreiter in nachhaltiger Bauweise und erneuerbaren Energien. Obwohl die Anfangsinvestitionen für PEB höher sein mögen, führen sie zu langfristigen Kosteneinsparungen durch niedrigere Energiekosten und eine höhere Immobilienwertsteigerung. Ein zentrales und eigentlich das einzige Argument der Regierung gegen die Förderung von PEB im Kanton Luzern ist der Verweis auf Bundesebene und die damit verbundene Schwierigkeit, finanzielle Mittel für eine kantonale Förderung von PEB zu erhalten. Es handelt sich um einen Prüfauftrag, wie erreicht werden kann, die Anzahl PEB zu erhöhen. Wie die Regierung dies tun will, steht ihr offen. Wir könnten uns auch beim Bund dafür einsetzen, dass dieses wichtige Thema diskutiert und aufgenommen wird. Dies nur als Idee. Ich bitte Sie, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Willi Knecht: Für Neubauten gilt im Kanton bereits der Minergie-Standard mit dem Zusatz P oder A. Fördermassnahmen von Neubauten oder Sanierungen mit Minergie-Zertifikat sowie Sanierungen nach GEAK-Klassenwechseln und GEAK-Neubauten werden zum grössten Teil durch den Bund finanziert. Eine Förderung von PEB würde vom Bund nicht finanziell unterstützt. Entsprechend müsste der Kanton die Finanzierung vollständig übernehmen. Eine rein kantonale finanzierte Fördermassnahme für PEB ist deshalb für den Kanton finanziell nicht tragbar und würde zulasten bestehender Fördermassnahmen

erfolgen. Das Postulat bringt also keinen Mehrwert und schiesst klar über das Ziel hinaus. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab.

Thomas Meier: Sarah Muff fordert eine vermehrte Förderung von PEB. Leider hat sie nicht erwähnt, dass PEB naturgemäss mit dem Zubau von Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) erreicht werden. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Wir befinden uns mitten in der Revision des Kantonalen Energiegesetzes, die genau in die Richtung zielt, dass Neubauten mit PV-Anlagen versehen werden. Die FDP-Fraktion stützt das Kantonale Energiegesetz. Weiter gilt es zu beachten, dass bereits eine nationale Förderung für PV-Anlagen mit Einmalzahlungen existiert. Zudem bezahlen einzelne Gemeinden wie beispielsweise Schenkon pro Anlage ein Fördergeld von 1000 Franken sowie eine Vergütung von 200 Franken für jeden Kilowatt-Peak. Zusätzlich mit der verlangten Förderung würde das einer dreifachen Förderung von PV-Anlagen entsprechen. Dieses Geld für erneuerbare Energien kann besser anderswo investiert werden. Die Schweiz ist die Nummer 9 beim Zubau von PV-Anlagen, was die Anzahl Watt pro Person angeht. Australien, Holland sowie Deutschland sind die Top-3-Länder. Wir dürfen stolz sein, dass wir vorne mit dabei sind. In den letzten Wochen sind die Preise der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (ElCom) bekannt geworden. Es ist unglaublich, wie die Strompreise zunehmen, und zwar nur in eine Richtung. Nur schon deshalb ist es sinnvoll, möglichst wenig Strom zu verbrauchen und aus Renditeüberlegungen von Beginn weg PV-Anlagen zu installieren. Es spricht nichts gegen PEB, aber ohne öffentliche Gelder. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Urs Brücker: Die Zahlen sind bemerkenswert: Wenn in der Schweiz 80 Prozent der Gebäude PEB wären, würden wir das Achtfache des Stromverbrauchs der Schweiz produzieren. Diese Zahl ist aber etwa ebenso bemerkenswert und sinnvoll, wie wenn ich erkläre, dass die Sonne das Zehntausendfache des Weltenergiebedarfs ausstrahlt. Diese Zahl bringt uns relativ wenig. Beim PEB-Label handelt es sich um ein privates Label. Das Gleiche liefert der Minergie-A-Standard. Bei diesem Label muss das Gebäude in der Jahresbetrachtung eine positive Energiebilanz aufweisen. Sämtliche Energien für Heizung, Warmwasser, Lüftung sowie alle elektrischen Geräte inklusive Haustechnik werden mit der selbstproduzierten Energieproduktion aus Photovoltaik verrechnet. Kombiniert mit einer isolierten Gebäudehülle ergibt dies einen Minergie-A-Label-Standard. Der Kanton Luzern fördert dieses Label bereits mit 40 bis 100 Franken pro Quadratmeter pro Energiebezugsfläche. Das Problem ist nicht die Produktion des PV-Stroms, sondern sein Transport. Um bei grösseren Anlagen den Strom ins Verteilnetz zurückzuspeisen, braucht es dicke Kabel und leistungsfähigere Transformatoren, die den Strom für den weiteren Transport in höhere Spannungen umwandeln. Die technischen Normen müssen ebenfalls eingehalten werden. Für diese Kosten müssen die Privaten und nicht der Versorger aufkommen. Wenn wir unsere Bauten im grossen Stil zu Energieproduktionsstätten machen wollen, müssen wir unsere nationalen Gesetze anpassen. Das ist Aufgabe von Bundesbern oder allenfalls der Konferenz der kantonalen Energiedirektoren (EnDK). Neue Label auf privater Basis sind nicht notwendig. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Michael Kurmann: Ich habe mir die Mühe genommen, das Förderprogramm Energie des Kantons Luzern zu studieren. Es umfasst die Gebäudehülle, die Haustechnik, Gesamtanierungen mit Minergie-Zertifizierung, Neubauten gemäss Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS) oder Minergie-Neubauten mit dem Zusatz Eco oder Elektroladeinfrastrukturen. Der Bund fördert zusätzlich PV-Anlagen mit einer einmaligen Vergütung. Neustens sind diese im Kanton Luzern steuerlich abzugsfähig. Die Förderprogramme sind umfassend und enthalten Massnahmen zur Energiegewinnung, zur Wärmeproduktion oder zur Vermeidung von Wärmeverlust. Die Förderung des zusätzlichen

Labels PEB lehnen wir daher ab. Die Förderung von PEB ohne eine Zertifizierung ist im Rahmen der jetzigen Förderinstrumente bereits jetzt möglich. Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Korintha Bärtsch: Die Grüne Fraktion steht mit der Klimastrategie des Kantons Luzern dafür ein, dass die Gebäude gut isoliert sind und jedes Dach mit einer PV-Anlage versehen wird. Sara Muff fordert, dass der Anteil von Plus-Energie-Gebäuden, sei es mit oder ohne Label, im Kanton Luzern ansteigt. Sie spricht nicht von einer finanziellen Förderung oder davon, dass es sich um Neubauten handeln muss. Das Förderprogramm des Kantons Luzern ist eine sehr gute Grundlage und sorgt für einen finanziellen Anreiz. Ein Problem besteht aber nach wie vor bei der Sanierung von Gebäuden, deren Energieverbrauch verbessert werden sollte. Im Moment werden immer noch zu wenig Gebäude saniert. Die Neubauten entsprechen einem guten Standard. Die Grüne Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu. Die Regierung soll nochmals prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, um die Sanierungsrate zu erhöhen. Das kann ein Anreiz im Reglement, ein finanzieller Anreiz oder eine neu zu definierende Massnahme sein.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Wir sind uns einig: Wir wollen energieeffiziente, komfortable und auf den Klimaschutz ausgerichtete Gebäude, die möglichst auch Energie produzieren. Es ist unser und Ihr erklärtes Ziel, bis 2050 klimaneutral zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir sämtliche erneuerbaren Energien zügig ausbauen und mit unserer Energie effizienter umgehen. Dabei geht es vor allem um Sanierungen, die viel Effizienzpotenzial haben. Bei Neubauten ist das Potenzial tiefer, aber auch vorhanden. Ein beträchtlicher Teil unseres Energieverbrauchs fällt auf Gebäude, deshalb ist es ein wichtiger Punkt, um zu Handeln. Der Kanton Luzern setzt bei seinen eigenen Gebäuden auf Standards wie Minergie, Minergie-P, Minergie-P-Eco und auch auf den Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz. Auch das Kantonale Energiegesetz gibt minimale Vorgaben bezüglich Bauten der öffentlichen Hand. Wir haben schliesslich eine Vorbildfunktion. Im Gebäudebereich gibt es zahlreiche Labels. Dort hat man eine Konsolidierung vorgenommen. Der Bund und die Kantone haben sich auf möglichst gute und klare Strukturen geeinigt. Mit zu vielen Labels ist es für einen Laien nicht mehr ganz einfach, den Unterschied zu erkennen. Je komplizierter das Ganze wird, desto eher verzichtet man darauf. Wir möchten jedoch, dass die Bauherrschaften einen möglichst guten Standard anwenden. Deshalb ist es das Ziel der Kantone, dass die Übersicht möglichst einfach ist, mit welchem Label was erreicht werden kann. Diese Gebäudelevel-Familie wurde neu geordnet. Deshalb gibt es auch beim Förderprogramm Energie dieses harmonisierte Modell der Kantone, bei welchem mit dem Bund zusammen entschieden wird, was gefördert wird und was nicht. Je nach Art der Förderung kommt auch ein Anteil an Bundesgeldern hinzu. Für unsere Bauherrschaften ist es besser, wenn wir diese Bundesgelder ebenfalls abholen können. So können wir mit dem eingesetzten Steuerfranken mehr erreichen. Wir wollen Gebäude fördern, die auch Energie produzieren, aber nicht dieses spezielle Label, und auf dem heutigen, bewährten Weg weiterfahren. Deshalb bitte ich Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 78 zu 23 Stimmen ab.